



EUROPÄISCHES PARLAMENT

2009 – 2014

---

*Ausschuss für regionale Entwicklung*

---

**2013/2176(INI)**

28.11.2013

# **STELLUNGNAHME**

des Ausschusses für regionale Entwicklung

für den Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten

zu dem Thema „Wie kann die EU dazu beitragen, ein günstiges Umfeld für Unternehmen, Geschäfte und Neugründungen zur Schaffung von Arbeitsplätzen zu schaffen?“  
(2013/2176(INI))

Berichterstatlerin: Karin Kadenbach

PA\_NonLeg

## VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für regionale Entwicklung ersucht den federführenden Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

1. betont, dass die Kohäsionspolitik für den Zeitraum 2014–2020 ein wichtiges und wirksames Instrument ist, um für intelligentes, nachhaltiges und inklusives Wachstum zu sorgen und die Ziele der Strategie „Europa 2020“ zu verwirklichen sowie gleichzeitig die Gründung und den Ausbau von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) einschließlich Kleinstunternehmen, die in der EU einen der wichtigsten Beiträge zur Schaffung von Arbeitsplätzen leisten, durch eine große Bandbreite an Maßnahmen und innovative Finanzierungsinstrumente zu fördern;
2. fordert die Mitgliedstaaten und Regionen auf, wirksame Informations- und Unterstützungsmechanismen vorzusehen, damit Kleinstunternehmen und KMU die europäischen Fonds nutzen können, und außerdem ehrgeizige Maßnahmen als Teil des gemeinsamen Mechanismus für die Risikoteilung anzunehmen, indem Mittel aus dem EU-Haushalt, d. h. Mittel für COSME, Horizont 2020 und die europäischen Struktur- und Investmentfonds (ESI-Fonds), kombiniert werden; stellt fest, dass es durch die Wirtschafts- und Finanzkrise für Kleinstunternehmen und KMU schwierig geworden ist, Darlehen zu erhalten, und unterstreicht daher die Rolle von Finanzierungsinstrumenten als Mittel zur Unterstützung von KMU im Programmplanungszeitraum 2014–2020;
3. verweist auf die Möglichkeiten für Kleinstunternehmen und KMU, mittels von innovativen Finanzierungsinstrumenten, die im Rahmen der ESI-Fonds bestehen, Zugang zu Finanzierungsmitteln zu erlangen, und hebt hervor, dass der Anwendungsbereich sowie die Rechtssicherheit dieser Instrumente, einschließlich flexibler Mikrofinanzierungsinstrumente, vergrößert und bewährte Verfahren ausgetauscht werden müssen, da Schwierigkeiten beim Zugang zu Finanzierungsmitteln zu den größten Hindernissen zählen, die dem Wachstum von KMU im Wege stehen; betont erneut, dass die Rolle von Finanzierungsinstrumenten gestärkt werden könnte, um revolving Fonds zu garantieren, öffentlich-private Partnerschaften zu stärken und einen Multiplikatoreffekt in Verbindung mit dem EU-Haushalt zu erzielen; begrüßt in diesem Zusammenhang die Ausweitung des Anwendungsbereichs von Finanzierungsinstrumenten, der im Programmplanungszeitraum 2014–2020 nun alle thematischen Ziele und alle ESI-Fonds umfasst;
4. betont, dass es für den sozialen Zusammenhalt in der EU von größter Bedeutung ist, die hohe Arbeitslosigkeit in der EU, vor allem unter jungen Menschen und anderen gefährdeten Gruppen anzugehen, indem die regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung angekurbelt und der Unternehmergeist gefördert werden; fordert daher die Mitgliedstaaten auf, die ESI-Fonds schwerpunktmäßig zu nutzen, um nachhaltige Arbeitsplätze und Geschäftsmöglichkeiten zu schaffen, indem für Kleinstunternehmen, kleine und mittlere Unternehmen, Geschäfte und Neugründungen ein günstiges Umfeld erzeugt und der richtige regulatorische Rahmen aufgestellt wird;
5. stellt fest, dass Behörden und Interessenträger auf lokaler, nationaler und regionaler Ebene

durch die ESI-Fonds dabei unterstützt werden, arbeitsbasiertes Lernen, Forschung, Entwicklung und Innovation zu fördern und die Wettbewerbsfähigkeit von Kleinstunternehmen (vor allem Ein-Personen-Betriebe) und KMU durch die Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen und Forschungseinrichtungen zu verbessern und dadurch dazu beizutragen, die aktuellen wirtschaftlichen und sozialen Probleme, insbesondere die hohe Arbeitslosigkeit, anzugehen;

6. betont, dass bei den Bemühungen um die Förderung von Wachstum, Innovation und die Schaffung von Arbeitsplätzen in einer nachhaltigen Wirtschaft Gesundheits- und Sicherheitsstandards sowie ein Gleichgewicht zwischen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Anforderungen gewährleistet werden müssen, wobei gleichzeitig beispielsweise intelligente Spezialisierungen gefördert, das Ökosystem geachtet und in allen Regionen der EU menschenwürdige und gut bezahlte Arbeitsplätze verfügbar sein müssen; betont in diesem Zusammenhang die wichtige Rolle, die Unternehmen und der Bildungssektor durch grenzübergreifende Projekte, die Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und anderen hochwertigen Bildungseinrichtungen sowie die Schaffung von innovativen „Clustern“ spielen; fordert, dass die Förderung der Berufsausbildung im Rahmen lokaler und regionaler Finanzierungsprogramme erleichtert wird;
7. weist darauf hin, dass den ESI-Fonds eine wichtige Rolle zukommt, wenn es darum geht, Beschäftigung und konkrete Projekte zu fördern, die auf die Verbesserung der unternehmerischen und kreativen Fähigkeiten, auch der junger Menschen, abzielen; betont, dass alle Mitgliedstaaten und Regionen diese Gelegenheit umfassend nutzen müssen, um die Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen; hebt hervor, dass die lokalen und regionalen Behörden über die Nutzung der ESI-Fonds ein besonderes Augenmerk darauf legen sollten, Unternehmertum auf lokaler und regionaler Ebene zu fördern, wobei ein Schwerpunkt auf Unternehmensgründungen durch junge Menschen liegen sollte;
8. weist darauf hin, dass mit den Bestimmungen der Verordnungen für die Kohäsionspolitik im Zeitraum 2014–2020 dazu beigetragen werden soll, die Verwaltungslast für Kleinstunternehmen und KMU zu verringern, vor allem was die Eingliederung arbeitsloser junger Menschen in den Arbeitsmarkt angeht, und dadurch für bessere Bedingungen für die Schaffung von Arbeitsplätzen zu sorgen; fordert die Mitgliedstaaten auf, Hindernisse zu beseitigen, die einer besseren Umsetzung der ESI-Fonds zugunsten von Kleinstunternehmen und KMU im Wege stehen.

## ERGEBNIS DER SCHLUSSABSTIMMUNG IM AUSSCHUSS

<b>Datum der Annahme</b>	28.11.2013
<b>Ergebnis der Schlussabstimmung</b>	+:                   31 -:                    0 0:                    0
<b>Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder</b>	Luís Paulo Alves, Victor Boștinaru, Nikos Chrysogelos, Rosa Estaràs Ferragut, Brice Hortefeux, Danuta Maria Hübner, Vincenzo Iovine, Seán Kelly, Mojca Kleva Kekuš, Jacek Olgierd Kurski, Petru Constantin Luhan, Iosif Matula, Erminia Mazzoni, Miroslav Mikolášik, Jens Nilsson, Jan Olbrycht, Younous Omarjee, Markus Pieper, Tomasz Piotr Poręba, Monika Smolková, Georgios Stavrakakis, Nuno Teixeira, Lambert van Nistelrooij, Oldřich Vlasák, Hermann Winkler, Joachim Zeller
<b>Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter(innen)</b>	Karin Kadenbach, James Nicholson, Elisabeth Schroedter
<b>Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellv. (Art. 187 Abs. 2)</b>	Jill Evans, Carmen Romero López